

Niederösterreich schlägt Alarm: Radikale Integrationsregeln beschlossen!

Niederösterreich beschließt radikale Integrationsmaßnahmen gegen den Islam. Neue Regeln und Sanktionen ab September 2025.

Niederösterreich, Österreich - Die Landesregierung von Niederösterreich hat ein radikales Maßnahmenpaket zur Verschärfung der Integrationsregeln beschlossen. Laut **Kosmo** zielt dieses Aktionsprogramm insbesondere darauf ab, den radikalen Islam zu bekämpfen und wird von der schwarz-blauen Koalition vorangetrieben. Jochen Danninger, der Clubobmann der Volkspartei Niederösterreich (VPNÖ), erklärt, dass Integrationsverweigerer in der Region keinen Platz hätten. Ein zentrales Element des Maßnahmenpakets ist ein gemeinsamer Zusatzantrag mit der FPÖ, der ein Verfassungsgesetz zur Einführung eines Kopftuchverbots für Mädchen unter 14 Jahren fordert.

FPÖ-Vertreter Martin Antauer hebt hervor, dass das Vorhaben darauf abzielt, Parallelgesellschaften entgegenzuwirken und Radikalisierung zu verhindern. Die neuen Regeln sehen zudem vor, dass ab dem 1. September eine erweiterte Mitwirkungspflicht für Erziehungsberechtigte eingeführt wird. Bei wiederholten Verstößen, etwa gegen verpflichtende Gespräche, droht eine behördliche Anzeige. Der Strafrahmen für Verstöße wird dabei auf 2.500 Euro angehoben, wobei im Falle einer Nichtzahlung auch eine Ersatzfreiheitsstrafe von bis zu sechs Wochen droht.

Neue Maßnahmen in der Bildung

Die neuen Regelungen sehen ebenfalls vor, dass Kindergartenbetreiber eigene Hausordnungen erlassen können. Zur Beobachtung und Bekämpfung des radikalen Islam wird zudem eine spezielle Stelle eingerichtet, die mit Bundesbehörden zusammenarbeitet und jährlich Berichte vorlegt. Es gibt jedoch auch Kritik an dem Maßnahmenpaket: Studien aus Oberösterreich und Deutschland weisen darauf hin, dass restriktive Maßnahmen selten zu einer nachhaltigen Integration führen.

Die Opposition hat überwiegend Bedenken geäußert. Die Grünen und die NEOS zeigen sich besorgt und werfen der Regierung Populismus vor. In einem alternativen Ansatz fordern die Grünen mehr Schulsozialarbeit, verstärkte Sprachförderung im Kindergarten und eine Valorisierung der Kinderbetreuungsförderung. Statistiken belegen zudem, dass Gemeinden mit hohem Migrantenanteil keinen signifikant höheren Anteil an Schulabbrechern oder Disziplinarmaßnahmen aufweisen.

Überarbeitung des Islamgesetzes

Zusätzlich zur Verschärfung der Integrationsregeln plant Integrationsministerin Claudia Plakolm eine Überarbeitung des Islamgesetzes. Wie **Exxpress** berichtet, steht eine Verschärfung aufgrund von Problemen mit einzelnen Moscheen im Raum. Plakolm denkt dabei an ein Stufen-Modell für ein Kopftuchverbot für Kinder. Diese Maßnahmen sollen auch im Rahmen eines verpflichtenden Integrationsprogramms für Asylberechtigte und Flüchtlinge ergänzt werden, wobei Sanktionen drohen, wenn das Programm nicht absolviert wird.

Plakolm bekräftigt die Notwendigkeit, die radikalisierenden Tendenzen zu adressieren und sieht darin einen Handlungsbedarf. Die Kooperation mit der Verteidigungsministerin zur Attraktivierung des Zivildienstes wird ebenfalls thematisiert. Die Integration der österreichischen Feiertagskultur steht im Regierungsprogramm ebenso im Fokus.

Insgesamt wird deutlich, dass die Regierung mit diesen neuen Maßnahmen und Überlegungen sowohl auf die Herausforderungen der Integration als auch auf die Sicherheit in der Gesellschaft reagiert. Ob die beschlossenen Maßnahmen tatsächlich zu einer effektiven und nachhaltigen Integration führen, bleibt abzuwarten, da die Kritiker vor den Gefahren von Populismus und Vorurteil warnen.

Für weitere Informationen und aktuelle Entwicklungen besuchen Sie bitte auch **Ö24**.

Details	
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kosmo.at• exxpress.at• www.oe24.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at